

28. Januar 2017

LEITARTIKEL

Pumpspeicherwerk Atdorf: Eine Idee ohne Zukunft

Das Projekt gehört in die Versenkung - das haben die Gegner in drei Erörterungswochen dargelegt. Und das nicht nur, weil es für die Energiewende zu spät kommt.

Pumpspeicherwerke explodieren nicht. Sie strahlen nicht, ihre Speicherkapazität sinkt nicht, sie können Strom liefern, wenn das Stromnetz um sie herum zusammengebrochen ist. Lädt man sie mit Ökostrom, kommt nicht mal CO₂ hinten raus. Man benötigt keine gefährlichen oder seltenen Rohstoffe, sondern nur Wasser und Schwerkraft.

Pumpspeicherwerke sind toll. Wenn man sie hat. Will man eines bauen, fangen die Probleme an. Mutmaßlich hunderttausende Euro für Berater, Gutachter und Anwälte hat die Schluchseewerk AG aufgeboten – allein für den dreiwöchigen Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren für das Pumpspeicherwerk Atdorf. Das will der Energieversorger noch immer bauen – oder schon wieder.

Zu Beginn der 70er Jahre war es geplant und genehmigt, wurde aber nicht gebaut – als auch das Atomkraftwerk in Wyhl nicht gebaut wurde, nachdem die Bevölkerung "Nai gsait" hatte. Die Lichter in Baden-Württemberg gingen bekanntlich nicht aus, obwohl mancher Politiker das prophezeit hatte.

Jetzt ist es wieder ein Thema und wird mit einer neuen Begründung beworben: die Energiewende. Speicher- und Regeldienstleistungen könne es bereitstellen für das schwankende Ökostromnetz der Zukunft, argumentieren die Befürworter. Das Prinzip: Wind- und Sonnenstrom wird gekauft, wenn er im Angebot ist, und verkauft, wenn er nachgefragt wird. Gute Idee, falsches Jahrhundert. Wie das Akw Wyhl ist das PSW Atdorf ein Dinosaurier. Ein monströses Großprojekt aus einem Zeitalter, in dem Altlasten, Spätfolgen und Restrisiken großtechnischer Lösungen zum Wohle der Allgemeinheit eher mal hingenommen – oder durchgesetzt – wurden als heute.

Inzwischen sind wir schlauer, und unsere Technologien sind es auch. Autos können selbsttätig Unfallgefahren ausweichen. Und sie haben Akkus, wie sie noch vor wenigen Jahren undenkbar waren. Da ist es alles andere als eine abwegige Vision, sich eine Energiezukunft vorzustellen, in der viele kleine, höchst wirtschaftliche Energiespeicher den Atdorf-Giganten überflüssig machen. So schlau, sagen Experten, wird das "intelligente Stromnetz", dass es gar keine Riesebatterie mit 1400 Megawatt Spitzenleistung und 13 Gigawattstunden Speicherkapazität mehr braucht.

Die Antragsteller sagen selbst, dass das PSW Atdorf frühestens 2032 in Betrieb gehen kann – falls niemand klagt. Dass juristischer Widerspruch ausbleibt, ist aber unwahrscheinlich. Die Gegner sind nicht so laut wie einst in Wyhl, nicht so zahlreich wie kürzlich bei einem Tiefbahnhof im Schwäbischen, aber ihr "Nai" wird gehört – und sie

haben exzellente Anwälte. Die haben in der Erörterung immer wieder Lücken in den Argumenten der Antragsteller gefunden. Ein einziger falscher Schritt, und das Projekt verschwindet in der Versenkung.

In die gehört es ohnehin, das haben die Gegner in drei Erörterungswochen dargelegt. Nicht nur, weil es für die Energiewende zu spät kommt und dann wahrscheinlich nicht mehr benötigt wird. Nicht nur, weil Natur in einem kaum zu rechtfertigenden Ausmaß vernichtet und der Bau die Region jahrelang belasten würde. Sondern auch, weil schon durch die Planfeststellung der Region ein Korsett aus enteignungsrechtlichen Vorwirkungen und freizuhaltenden Ausgleichsflächen angelegt würde – selbst wenn noch nicht gebaut wird.

Schluchseewerk-Mutter RWE zog sich schon vor Jahren aus der Finanzierung zurück: nicht wirtschaftlich. Nur bei der anderen Mutter EnBW, die der öffentlichen Hand gehört, glaubt man offenbar noch daran, dass Atdorf wirtschaftlich wird oder per Gesetz wirtschaftlich gemacht wird. Der grüne Umweltminister Untersteller will sich zum laufenden Planfeststellungsverfahren nicht äußern. Dabei wäre jetzt ein guter Zeitpunkt, das PSW Atdorf politisch zu beerdigen.

goerlich@badische-zeitung.de

Autor: Konstantin Görlich

WEITERE ARTIKEL: KOMMENTARE

Skepsis gegenüber Sigmar Gabriels Wechsel

Die Befürchtung im Auswärtigen Amt ist, dass er die Außenpolitik im Wahlkampf mit markigen Sprüchen eher als Mittel der innenpolitischen Auseinandersetzung nutzen wird. **MEHR 1**

Kreislaufwirtschaft statt Wegwerfkultur

BZ-GASTBEITRAG: Wolfgang Kessler meint, dass die Initiative von 40 Weltkonzernen gegen die Plastik-Vermüllung ein Anfang sein könnte. **MEHR**

Auch bei den Nachbarn heißt es jetzt: Österreich zuerst

Österreichs neuer Bundespräsident, Alexander van der Bellen, will auf keinen Fall einen Rechtsextremen zum Regierungschef ernennen. Das könnte schwierig werden. Denn die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP sind längst auf einem nationalistischen Kurs. **MEHR 1**